

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2017/643

Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 16.05.2017: Anregung des Kreistages an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen

Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	31.05.2017	TOP
Kreisausschuss	12.06.2017	TOP
Kreistag	19.06.2017	TOP

Eingang per E-Mail am 16.05.2017:

Gruppe „grüne X soli“
Kreistag Lüchow-Dannenberg--

Wir bitten folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses am 31.5. 2017 sowie auf die Tagesordnung des KA und KT zu setzen:

Anregung des Kreistages an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen

„Der Kreistag des Landkreises Lüchow- Dannenberg möchte folgende Anregung geben zur Reisekostenvergütung für Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen.

Nach der im Januar 2017 getroffenen Reisekostenverordnung § 5 zur Wegstreckenentschädigung werden Fahrten kommunaler Mandatsträger/Innen zu Sitzungen mit dem PKW pro Kilometer mit 0,30 Euro, Fahrten mit dem Fahrrad mit 0,05 Euro abgerechnet.

Die Landesregierung hat im März 2017 einen Entwurf eines Klimagesetzes erarbeitet, in dem bis zum Jahr 2030 die Reduktion von Treibhausgasen um 70% reduziert werden soll und laut Angaben des Umweltbundesamtes sind die Treibhausemissionen in Deutschland im Jahr 2016 weiter gestiegen, maßgeblich mit verursacht durch den Verkehr.

In Anbetracht dieser Fakten ist nicht nach zu vollziehen, dass Fahrten mit dem Fahrrad, die das Klima nicht belasten, im Vergleich zu den das Klima belastenden Fahrten mit dem PKW schlechter vergütet werden.

Der Kreistag Lüchow/Dannenberg spricht sich dafür aus, dass Fahrten von Mandatsträgern/Innen mit dem Fahrrad zu Sitzungen genauso vergütet werden wie entsprechende Fahrten mit einem PKW.

Eine derartige Regelung wäre ein Anreiz für Mandatsträger in ganz Niedersachsen mit dem Fahrrad zu Sitzungen zu fahren und darüber hinaus ein Signal der Landesregierung auch im Bereich der Reisekostenvergütung Klimaschutz ernst zu nehmen.“

Hermann Klepper
SOLI-Fraktion
Kreistag

Anschrift: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat 32
Clemensstr.17
30169 Hannover

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass Reisekostenrecht ein reines Aufwands–Erstattungs-Recht ist und nicht zur Gestaltung politischer Ziele geeignet ist. Ein Gesetzes-Initiativantrag sollte zumindest substantiell so durchdacht und abgesichert sein, dass er eine Chance auf ernsthafte politische Wahrnehmung hat. Zur Hilfe bei derartigen komplexen Verfahren ist der Landkreis Mitglied eines kommunalen Spitzenverbandes. Die Verwaltung empfiehlt daher dringend vor Abgabe dieser politischen Erklärung an das Ministerium eine Untermauerung/Stellungnahme durch den Nieders. Landkreistag einzuholen.
